

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

43 (6.6.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 43

F B S W

Freitag, 6. Juni 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Das „Großverbrechen von Grafeneck“

Auf dem Internationalen Juristenkongreß werden die Enthüllungen UNSERES TAG bestätigt

Konstanz. Hier begann in Anwesenheit von über 200 führenden Juristen aller vier Besatzungsmächte sowie aller vier deutschen Zonen und Vertretern Argentiniens, Luxemburgs, der Schweiz und der Niederlande, der Internationale Juristenkongreß. Die Eröffnungsfeier hielt Mr. Furby, Directeur Général de la Justice aus Baden-Baden. Furby führte u. a. aus, daß Internationale Juristenzusammenkünfte dieser Art kein Novum bedeuten, lediglich das dritte Reich habe diese Tradition unterbrochen. „Nach hitlerischer Anschauung ist die Geschichte der Welt nicht die Frucht der Zusammenarbeit der Rassen, sondern das Werk einer auserwählten Rasse, die allein dazu berufen ist, die Welt zu zivilisieren“. Des weiteren betonte Directeur Furby, daß „jede Lösung, die wir suchen, zur unbedingten Voraussetzung haben muß, daß sie die beiden vom Nationalsozialismus negierten Grundsätze respektiert: Bekämpfung jeder Machtübernahme im Gewande des Rechts und die Idee eines frei erwählten und allein zivilisierten Menschen gemeinsamen Rechtes. Es gibt ein solches Recht. Es lebt in den Verfassungen und in der sozialen Gesetzgebung unserer Demokratien.“

Anschließend sprach der Chef de la Justice Allemande aus Baden-Baden, Mr. Bourthoumieux. Er betonte, daß die Welt vor einer neuen Aufgabe stehe und nach Lösung suche, die alle kultivierten Menschen zur Mitarbeit verpflichte. Die deutschen Juristen, die schon vor der Hitlerzeit ein entwickeltes Bewußtsein von der gebieterischen Notwendigkeit neuer Wege und neuer Formen hatten, seien in gleicher Weise wie alle anderen hierzu berufen.

Professor Dr. Schmidt, Präsident des Staatssekretariats von Südwürttemberg gab als weiterer Redner einen umfassenden Überblick über die Aufgabe des Juristen beim Neuaufbau Europas. Des weiteren referierten am Eröffnungstage Staatssekretär der Justiz für Südbaden, Streng, über die Leistungen großer deutscher Juristen früherer Generationen. Der Dekan der juristischen Fakultät Straßburg, Prof. Dr. Redlob, sprach über Verfassungsreformen der Gegenwart.

Süddeutsche Justiz und Grafeneck

Konstanz. Auf dem Internationalen Juristenkongreß gab im Anschluß an einen Vortrag von Ministerialrat Arndt (Wiesbaden) über „Euthanasie“ der südbadische Staatssekretär für Justiz, Dr. Streng, folgende Erklärung ab:

„In der südfranzösischen Zone, liegt, hoch auf der Schwäbischen Alb, die Heilanstalt Grafeneck, die traurige Berühmtheit erlangt hat, war sie doch die erste große Vernichtungszentrale des deutschen Südwesdens, in der die als „Euthanasie“ verbrämte Massentötung von Geisteskranken und Gebrechlichen durchgeführt wurde. Mindestens 3000, wahrscheinlich aber bis zu 5000 arme, alte, hilfsbedürftige Menschen sind in dieser Anstalt systematisch umgebracht worden.“

Die französische Militärregierung, die im Laufe des Jahres 1945 Kenntnis von diesen Vorgängen erhielt, leitete ein Verfahren ein und schritt zur Verhaftung von etwa einem Dutzend Personen, Ärzten und Verwaltungsbeamten, die für die Massenaktion Grafeneck verantwortlich sind. Im September 1946 wurde dieses Verfahren an die deutsche Justiz abgegeben. Das Verfahren wird vom Generalstaatsanwalt in Freiburg geführt, es befindet sich im Stadium der Voruntersuchung und wird mit allen prozessualen Mitteln, die zur Verfügung stehen, beschleunigt. Mindestens 10 Anstalten, aus denen zahlreiche Insassen nach Grafeneck verbracht wurden und von denen fünf staatliche Großanstalten buch-

stäblich entvölkert wurden, müssen systematisch nachgeprüft werden. Bei den Verschleierungsmethoden, die von Anbeginn an befohlen waren und streng eingehalten wurden, ist diese Aufgabe außerordentlich erschwert. Erschwert auch dadurch, daß in Grafeneck selbst alle Spuren des Massenverbrechens systematisch und sorgfältig getilgt wurden.

Die badische Justiz, die zugleich die in der südwürttembergischen Zone begangenen Taten dieser Art in das Verfahren einbezieht, betrachtet es als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben, das Großverbrechen von Grafeneck zur notwendigen und gerechten Sühne zu bringen.“

Zu dieser Erklärung des Staatssekretärs Dr. Streng sei daran erinnert, daß UNSER TAG das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, durch, wir dürfen wohl sagen, aufsehenerregende Veröffentlichungen im Februar dieses Jahres erstmals die Öffentlichkeit auf die Massenmorde in Grafeneck hingewiesen zu haben. Wir haben in einer Reihe von Artikeln erschütternde (und stets dokumentarisch belegte) Einzelheiten mitgeteilt und diese Mitteilungen erweitert durch Feststellungen, die wir bei einer auf eigene Faust unternommenen Erkundung am Tatort selbst vorgenommen haben. Wir konnten, obwohl uns keine von den Hilfsmitteln und Möglichkeiten, über die die Untersuchungsbehörden in reichem Maße verfügen, zu Gebote standen, lediglich auf Grund unseres journalistischen Spürsinn, also sozusagen als Amateurdetektive, in ganz wenigen Stunden an Ort und Stelle den Hergang der Ermordungen rekonstruieren und eine Reihe von absolut einwandfreien Zeugen auffinden und zu Aussagen veranlassen können. Gewiß, Verschleierungsmethoden sind systematisch und sorgfältig durchgeführt worden; aber so sehr, wie Dr. Streng es hinstellt, ist die Aufdeckung des Massenverbrechens dadurch denn doch nicht erschwert worden.

Ein halbes Jahr vor unserer Veröffentlichung hatte die badische Justizverwaltung bereits Kenntnis von diesen Dingen. Warum aber ließ man diese Zeitspamen verstreichen, ohne die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen? Wie wichtig das gewesen wäre, erhellt aus der Tatsache, daß auf unsere Veröffentlichungen hin sich sofort zahlreiche beklagenswerte Angehörige von Opfern der Grafenecker Morde meldeten, die das ja wohl auch getan hätten, wenn eine entsprechende Aufforderung seitens der Justizbehörden ergangen wäre. Leider hat in dieser Angelegenheit auch die südbadische Presse in ebenso erstaunlicher wie bedauerlicher Art versagt. Mit der einzigen Ausnahme der „Ortenauer Zeitung“, die zu unseren Enthüllungen zustimmend Stellung nahm, hielten es die anderen Zeitungen offenbar für unangebracht, sich mit Fall Grafeneck zu befassen. Aus welchen Beweggründen, bleibe unerörtert. Als die Angelegenheit allerorts zum Tagesgespräch geworden war, meldete sich dann endlich auch noch die „Süwetz“ zum Wort. Was sie vorzubringen wußte, war verblüffend. Statt ihrem Abscheu über das Massenverbrechen Ausdruck zu geben, hob sie tadelnd den Zeigefinger und rüffelte mit sauer-töpferischer Miene das Justizministerium, weil es unsere Zeitung mit Material bedacht habe, das den anderen vorenthalten worden sei. Ach, dies Material hatten wir wahrlich nicht von der Justizbehörde bekommen; die Dinge lagen genau umgekehrt! Im übrigen: Wir haben von unserem Wissen aller Welt durch unsere Artikel Kenntnis gegeben; es muß, so peinlich das heute auch mancher Redaktion sein mag, festgestellt werden, daß die Massenmorde von Grafeneck diesen Zeitungen offenbar weder wichtig, noch interessant, noch verabscheuungswürdig erschienen sind.

H. A. F.

Neue Regierung in Ungarn / USA sperren Kredit

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident, der z. Zt. in der Schweiz weilt, reichte am vergangenen Freitag der ungarischen Gesandtschaft in Bern seinen Rücktritt ein.

Der Ministerrat trat zu einer außerordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Rakosi zusammen. Auf der Sitzung wurde das Rücktrittsgesuch Nagys angenommen. Anschließend beschloß der Rat, dem Präsidenten der Republik, Zoltan Tildy, den Rücktritt der gesamten Regierung zu übermitteln.

Inzwischen ist die neue ungarische Regierung von dem ehemaligen Kriegsminister Lajos gebildet worden: Ministerpräsident und Minister für Landesverteidigung Dinnyes (Kleine Landwirtepartei); stellvertretender Ministerpräsident Rakosi (Kommunist); Staatsminister Doby (Kleine Landwirtepartei); Inneres Lazlo Rajk (Kommunist); Außen- und Informationsminister Mihkkyff (Kleine Landwirtepartei).

Vor kurzem hatte Rekosy erklärt: „Die Verschwörer organisieren sich wieder“. Nagy hatte seinen fünfjährigen Sohn nach Bern vorausgeschickt zusammen mit den Juwelen der Familie und einem Vermögen von 400 000 Schweizer Franken. „Neues Oesterreich“ schreibt: „Es ist zum ersten Mal in der Geschichte, daß der Ministerpräsident eines Landes gegen seine eigene Regierung eine Verschwörung angezettelt hat, als amtierender Ministerpräsident ins Ausland ging und von dort seinen Rücktritt einreichte“. Die „New York Times“ unterstreicht auf Grund der letzten Ereignisse in Ungarn „die Gefahr, die eine kommunistische Expansion in Europa und dessen Aufteilung in rivalisierende Lager für die Vereinigten Staaten bedeutet“.

Washington. Der ungarischen Regierung wurde der im Februar 1947 gewährte Dreißig-Millionen-Dollarkredit für überschüssige amerikanische Güter vorläufig gesperrt. Die Kredit Sperre solle solange in Kraft bleiben, bis sich klar zeige, wohin die Entwicklung in Ungarn führe. Mehr als die Hälfte des Kredits ist noch nicht in Anspruch genommen worden. Diese Maßnahme wird als erster Schritt der Vereinigten Staaten gegen das neue Regime in Ungarn angesehen. Der Sprecher des Außenministeriums lehnte es ab, sich darüber zu äußern, ob weitere Maßnahmen zu erwarten seien und ob der Kredit von sieben Millionen Dollar der Export-Import-Bank, der Ungarn zum Ankauf von Baumwolle aus Amerika gewährt worden war, ebenfalls gesperrt werden soll.

London. Die britische Regierung wird sich, wie ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, möglicherweise mit den Vereinigten Staaten über die Frage einer Intervention bei der russischen Regierung wegen der politischen Entwicklung in Ungarn beraten.

Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz

München. Als erster Punkt der Tagesordnung für Freitag wurde eine Ansprache des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard festgesetzt. Danach folgt die Besprechung der Ernährungslage. Staatsminister Dr. Baumgartner wird dann über die Rettung des deutschen Waldes sprechen und Oberbürgermeisterin Luise Schroeder (Berlin) über Volksgesundheit referieren. Folgen soll ein Wirtschaftsreferat vom Hamburger Senator Borgner und ein Finanzreferat von Dr. Hilpert (Hessen). Staatsminister Binder wird am Samstag ein Referat über Entnazifizierung halten. Ferner sind Referate über Besatzungsmacht von Staatsrat Dr. Schmid (Württemberg-Hohenzollern) und Flüchtlingsfragen von Ministerpräsident Luedemann (Schleswig-Holstein) geplant.

Berlin. Dr. Steinhoff, der Ministerpräsident von Brandenburg, teilte mit, daß die fünf Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone nach München fahren. Anstelle des erkrankten sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs fährt der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Fischer.

Interzonenkonferenz vorverlegt

Baden-Baden (Südena). Am 28. und 29. Juni findet in Baden-Baden eine Zonenkonferenz der Gewerkschaften statt. Die für August vorgesehene Interzonenkonferenz in Baden-Baden wird nicht wie ursprünglich gemeldet vom 15.—17. August, sondern vom 5.—7. August durchgeführt werden.

Politik,

das ist Glück
oder Unglück
von Millionen

Lenin

Dr. Karl Bittel

Spiel mit Deutschland

In jüngsten französischen Kommentaren wird von der Besorgnis über die sich immer klarer abzeichnende Tendenz einer Aufspaltung Deutschlands in zwei Interessensphären gesprochen, wodurch die allgemeine Lösung der Deutschlandfrage ernstlich kompliziert und die Londoner Konferenz in Frage gestellt werde. Daß Frankreich sich bisher nicht zu einem Anschluß seiner Besatzungszone an die anglo-amerikanische Bizone entschlossen habe, sei mit Rücksicht auf die weltpolitische Lage geschehen, um so lange wie irgend möglich eine Aufspaltung der Welt in zwei einander gegenüber stehende Blocks aufzuhalten.

Mit derselben Sorge betrachten wir von deutscher Seite sowohl die derzeitigen Geschehnisse anglo-amerikanischer Aktivität, als auch gewisser deutscher Bestrebungen zu einer Spaltung in West und Ost. Denn damit würde das Schicksal Deutschlands und damit sein Leben als Nation besiegelt.

Die verschiedenartige Haltung der vier Alliierten zu diesen Fragen untersteht nicht unserer Kritik. Wir können nur aus sehr realpolitischen Gründen als Sozialisten und Antifaschisten unaufhörlich wiederholen, daß, angefangen von der Errettung aus der Ernährungs-, Wirtschafts- und Entnazifizierungskatastrophe, bis zur Gestaltung einer wirklichen Demokratie, die wirtschaftliche und politische Ganzheit Deutschlands Voraussetzung ist; ganz abgesehen von der Auswirkung auf den Frieden in Europa und in der ganzen Welt. Um so mehr jedoch steht es uns zu, mit der Leidenschaft des um seine nationale Existenz ringenden deutschen Volkes gegen alle unberufenen privaten Störenfriede zu kämpfen, welche am Unheil einer Zerreißung und Spaltung Deutschlands wirken.

Greifen wir heute einmal den Fall des Prof. Wilhelm Röpke (Genf) heraus. Röpke ist einer der konsequentesten Befürworter deutscher Separation, deren Idee er — mit einer anti-sozialistischen und anti-sowjetischen Agitation verbunden — nun seit Jahren aus der Schweiz in die deutsche und internationale Öffentlichkeit lanziert. Mit Röpke läßt sich in einer Konsequenz jenes verhängnisvolle Spiel mit Deutschland aufzeigen, das solche unverantwortlichen Politiker systematisch betreiben. Er hat vor Jahren in einem Buch über die Deutsche Frage eine Konzeption entworfen, welche eine „föderative Neuordnung Deutschlands westlich der Elbe“ fordert. Eine Westkonföderation, völlig von Preußen getrennt, im Dienste der sogenannten abendländischen Kultur gegen „Totalitarismus“, womit die Einheit Deutschlands gemeint ist. Mögen dabei die dadurch entstehenden kraftlosen zentrifugalen Föderativstaaten völlig auseinanderfallen, was kümmert das Röpke: „Wenn einer oder der andere deutsche Staat seine völlige Autonomie oder Anlehnung an einen anderen Staat erstrebt, sollte man ihm vielleicht nichts in den Weg legen.“ Röpke sagt „vielleicht“. Wir sagen nein und wenden uns z. B. mit Energie gegen jene politischen Abenteuer in unserer Südwestecke, die mit ihrem separatistischen Unfug eines Schwäbisch-Alemannischen Heimatstaates praktisch an solchem Zerstörungswerk tätig sind.

Wie ungestüm Herr Röpke seine Pläne verfolgt, beweist seit diesem Buch eine ganze Serie von Leitartikeln, welche die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) zur Grundlage ihrer Politik nimmt und die gerade in unserem Grenzland ihre unheilvolle Wirkung nicht verfehlen. Schon im Oktober vorigen Jahres hat Röpke im Zusammenhang mit der Zonenkrise eine systematische Agitation gegen das „kollektivistische Wirtschaftssystem“ in der Ostzone begonnen (NZZ, 26. 10. 46), um sie dann vor der Moskauer Konferenz intensiv weiter zu treiben. Er beschwor die Westalliierten, zu keiner Verschmelzung mit der russischen Zone zu kommen, da diese nur eine Belastung bedeute, denn dort sei die Wirtschaftslage viel schlechter als in den westlichen Zonen (NZZ, 6. 2. 47). In den Westzonen müßte eine ökonomische Bluttransfusion mit Krediten und Investitionen durchgeführt werden, um den Wirtschaftsmarasmus zu überwinden; Ziel müsse ein völlig abgesonderter Westblock sein. Mit dieser Spaltungspolitik ist logischerweise eine scharfe Hetze gegen die deutsche Politik der Sowjetunion verbunden, weil diese sich für eine gesamtdeutsche Lösung einsetze, und sich dabei vorwerfen lassen muß, mit der geforderten deutschen Zentralregierung nur ein Manöver zu treiben. Röpkes Vorschlag ging damals bereits dahin, einen „Westdeutschen Bund“ zu schaffen, „den wir uns wirtschaftlich wie eine Art von größerem Belgien vorstellen“. In diesem „Kerngebiet“ soll sofort eine radikale Währungsreform mit sehr drastischer Deflation durch Zusammenziehen des Geldwertes und der Schulden durchgeführt werden, deren neue Währung er fix und fertig als „Westmark“ bezeichne.

Röpkes verhängnisvolle Projekte gingen damals bereits noch weiter, indem er ganz grundsätzlich Amerika, England und Frankreich von einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland abtrat und ihnen dafür Einzelfriedensverträge mit den deutschen Kleinstaaten vorschlug. Wörtlich schrieb er: „daß die Sieger, unter Verzicht auf einen Friedensvertrag mit einer nichtexistierenden und zum Zwecke des Selbstmordes (!) erst eigens zu

Einwohner des Landes Baden!

Ihr habt Euch in Freiheit eine demokratische Verfassung gegeben und habt in voller Unabhängigkeit Eure Vertreter gewählt.

Eure junge Demokratie steht einer ungeheuren Aufgabe gegenüber, denn sie muß ihre Pflichten auf den Trümmern und dem Elend aufbauen.

In Euren Bemühungen könnt ihr auf die Unterstützung der Vertreter der Militärregierung zählen, die um so besser Eure Schwierigkeiten verstehen, als ihr eigenes Land, durch den Krieg erschöpft, denselben Schwierigkeiten ausgesetzt ist.

Die friedliche Arbeit und die von allen gemachten Anstrengungen sind die einzigen Waffen der Demokratie, welche auch die zu überwindenden Schwierigkeiten sein mögen.

Laßt Euch nicht entmutigen!

In allen Ländern, deren Boden durch den Krieg berührt wurde, ist die Ernährungslage zur Zeit schwierig. Sie kann nur durch die Arbeit der Bauern auf den Feldern und der Arbeiter in den Fabriken behoben werden.

Die Militärregierung hofft, daß jeder seine Pflicht kennt. Jeder, der sich ihr entzieht, würde die Not des badischen Volkes willkürlich verschlimmern, dies könnte nicht geduldet werden.

Freiburg i. Br., den 3. Juni 1947.

Le Commissaire de la République
Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire
du Pays de Bade
(gez.) P. Pène

schaffenden deutschen Zentralregierung, mit den einzelnen deutschen Staaten — deren Zahl und Grenzen jetzt festzulegen wären — nach dem Vorbild des mit Oesterreich schwebenden Vertrages völkerrechtliche Abkommen treffen, in denen unter gleichförmigen Bedingungen der Friedenszustand mit Bezug auf jeden einzelnen dieser Staaten deklariert wird“ (NZZ, 7. 2. 47). Also eine völlige partikularistische Zerteilung Deutschlands ist die Forderung, und vollständige Spaltung in West und Ost wäre das Ergebnis.

Um die Tür zum Osten ein für alle Male fest zu verriegeln, sollen sich diese separaten „Staaten der drei westlichen Zonen zu einem Bundesstaat vereinigen und es der weiteren Erfahrung überlassen, ob es möglich ist, diesen Westdeutschen Bund mit den Staaten der russischen Zone zu einem Staatenbund zusammenzuschließen.“ Das also waren Röpkes sensationelle Vorschläge am Vorabend der Moskauer Konferenz. Sie sind in ihrer Absurdität von keinem der Westalliierten in Moskau aufgenommen worden.

Nach der Moskauer Konferenz setzt Röpke nunmehr seine separatistischen und antisowjetischen Sirenen gesänge ungestört fort und treibt dieses verderbliche Spiel mit Deutschland weiter. Seinen jüngsten Leitartikel überschreibt er „Das große Spiel um Deutschland“ (NZZ, 14. 5. 47). So unverfroren wird von unverantwortlichen Politikern in der Schweiz um die deutsche Lebensfrage „gespielt“. Röpke ist jetzt unwillig, daß weder die drei Westalliierten sich beileben, seine Vorschläge durchzuführen, noch daß das deutsche Volk — „als bewußte oder unbewußte Mitspieler“ — ihm begeistert zustimmt. Er ist empört, daß wir Kommunisten seine separatistischen Pläne anprangern, und beteuert, daß er das Tor nach dem Westen niemals geraten habe zuzuworfen: „Werden die in die weiße Toga eines deutschen Patriotismus sich hüllenden Kommunisten es lieber hören, wenn man ihnen sagt, daß die Westlösung gerade deshalb empfohlen wird, damit in Westdeutschland endlich ein Kern der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, der Prosperität, Rechtssicherheit und Freiheit entstehe, um den sich schließlich ganz Deutschland sammeln wird... Wir hoffen jedenfalls, daß die Kommunisten diese Kennzeichnung unseres Planes als beruhigenden Beweis dafür nehmen, daß soweit es an den Westmächten und an den Deutschen liegt, keineswegs an eine Trennung von Ost und West gedacht ist.“

Lassen wir uns doch mit solchen „beruhigenden“ Beteuerungen keinen Sand in die Augen streuen. Denn auch jedes neue Wort bei Röpke heißt Spaltung! Nochmal rät er den Westalliierten „mit den deutschen Staaten ihrer Zonen, die damit zugleich feierlich bestätigt würden, einzelne Verträge abzuschließen, durch die der Friedenszustand mit jedem dieser Staaten nach dem Muster des schwebenden österreichischen Vertrages deklariert werden würde. Sind die Russen zu einem parallelen Vorgehen zu bewegen, um so besser...“ Das „zerbrochene Reich“ und der „befleckte deutsche Name“ wären damit liquidiert. Und ohne das — „Mal der Niederlage (!) und der Fremdherrschaft zu tragen“ würden dann die Rheinländer, Bayern usw. dastehen. Sieh also aus der mitverschuldeten Konkurrenzmasse billig drücken können. Solche Gesänge locken natürlich die Partikularisten wie dicke Zigarren oder Maßkrüge voll Bier. Dieser Kurswechsel der Westmächte könnte und müßte den Deutschen „als Bayern, Württembergern oder Niedersachsen nicht nur den Frieden, sondern auch das Ende des Elends, der Abschlebung und der Achtung (!) bringen.“

Röpke rät neuerlich zur Elle: „Man sieht, daß die Westmächte noch immer die Möglichkeit haben, das Spiel um Deutschland zu gewinnen, wenn sie klug und energisch handeln und die rasch verfliegende Zeit benutzen. Werden sie es? Und werden die Deutschen klug und kaltblütig genug sein, sie dabei in klarer Erkenntnis des Großen Spiels um Deutschland zu ermutigen, oder werden sie die Nerven verlieren und das Spiel der Russen spielen?“ Es sei eine „phantastische Partie“ und ein „Gigantenspiel.“

Röpke beschwört schließlich den Westen mit folgender Prognose: „Wenn die Konferenz im November wieder zusammentritt, die wirtschaftliche, politische und geistige Lage in Deutschland

Gegen einen Sonderfrieden mit Deutschland

Washington. Senator Vandenberg gab auf den Vorschlag, Sonderfrieden mit Deutschland abzuschließen zur Antwort, daß das nur als letzter Ausweg in Frage käme.

London. Großbritannien verhält sich dem Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland gegenüber vollkommen ablehnend. Ein derartiger Beschluß könne unter den heutigen Umständen der Aufrechterhaltung des Friedens nur schaden. Man dürfe der Londoner Konferenz nicht vorgehen.

Moskau. „Prawda“ bezeichnet den Plan Hoovers über den Abschluß separater Friedensverträge mit Deutschland und Japan als unverantwortlich, als „ein Versuchsballon zu einem neuen Nervenkrieg.“

Halle. Auf der Zweiten Interzonenkonferenz der deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaften in Halle wurden in einer Entschließung die Pläne Hoovers über den Abschluß eines Sonderfriedens mit dem Westen Deutschlands als eine Gefahr für das deutsche Volk und die gesamte Welt bezeichnet. „Wir erblicken in diesen Plänen die Absicht des Monopolkapitalismus, die Potsdamer Beschlüsse zu torpedieren und die Spaltung Deutschlands systematisch und bewußt zu betreiben.“ „Für die deutschen Bergarbeiter erwächst aus den Plänen ausländischer Monopolisten die besondere Aufgabe, nicht nur die Anstrengung bei der Kohlenförderung zur Überwindung der Not und für die Aufwärtsentwicklung der gesamten deutschen Wirtschaft zu steigern, sondern auch der drohenden Gefahr für die Einheit Deutschlands systematisch und bewußt zu betreiben den Frieden einzutreten.“

noch schlimmer als im vergangenen Winter sein wird; daß die Deutschen die klare Besinnung verlieren und durch Betonung des Zentralismus und Sozialismus die Westmächte in ihrem Reformwillen lähmen werden; daß in dem Ringen um die Seele der Deutschen, Kühnheit und Geschick den Russen reserviert bleiben, die an die Deutschen im doppelten Namen der nationalen Einheit und der sog. sozialen Revolution appellieren; daß die Kommunisten in Westdeutschland auf geraden und auf krummen Wegen ständige an Boden gewinnen, bis das, was heute den Westmächten noch möglich ist, schon in einigen Monaten unmöglich sein könnte.“

Das ist Röpkes mutwilliges Spiel, das er mit Deutschland treibt. Die Alliierten wissen, daß die Lösung des Problems Deutschland entscheidend ist und daß die Röpke'sche Methode folgenreichere Konsequenzen hätte, als er zu ahnen scheint. Röpke, der die deutschen Länder auf seinem Schachbrett herumschiebt, spielt ein verderbliches Spiel mit dem deutschen Volk. Gewiß mag er in Deutschland Dumme und Verblendete finden, die glauben, sich damit das Brandmal und die Schuld des verbrecherischen Regimes und seines Raubkrieges — ausgerechnet in Bayern — billig abwaschen zu können. Aber für die deutsche Nation, die unter der Vierzonen-trennung wirtschaftlich zum Ruin kommt und sich in Hungerkrämpfen windet, gibt es keine andere Lösung als die wirtschaftliche Einheit. Und für die 14 Staaten, die sich durch einander widersprechende Verfassungen staatlich und politisch völlig auseinander leben, steht das Problem der Zusammenfassung genau so ernst, denn ohne eine lenkende Hand und zentrale Autorität kann die chaotische Planlosigkeit nicht überwunden werden. Das was der unbetitelte Zuschauer aus der Schweiz als „Spiel“ bezeichnet, ist für das

Der südwürttembergische Landtag

Bebenhausen. 3. Juni (UT-Bericht). Auf der ersten Sitzung des südwürtt. Landtags, den Alterspräsident Prof. Dr. Niethammer eröffnete, war einziger Tagesordnungspunkt die Wahl des Präsidiums. In seiner Begrüßung dankte Prof. Niethammer der Beratenden Landesversammlung und sagte, daß die Verfassung ein gutes Urteil verdiene. Die Partei, die über die Mehrheit aller Stimmen verfüge, habe sich nicht anmaßen können, die Verfassung nach ihrem Sinne zu gestalten. (Was die CDU aber nicht gelindert hat.) In drei Entwürfen diesen Versuch zu machen!) Die jetzige Verfassung sei karg und einfach, aber „fortschrittlich“ (!), sie hebe die unveräußerlichen Menschenrechte hervor. In ihren Artikeln über das Wirtschafts- u. Gemeinschaftsleben stoße die Verfassung auf die Not des Volkes. Da, wo die Not am größten sei, da müsse zuerst und mit größtem Nachdruck geholfen werden. Die Verfassung schütze die Religion als die Quelle der inneren Kraft des Volkes und erschwere das Vorgehen der einen Gewalt gegen die andere. Dem Staatspräsidenten gebe sie die Würde und die Macht, deren er in ruhigen Zeiten bedürfe und insbesondere dann, wenn der Bestand des Staates gefährdet sei.

Die Verfassung sei in Unfreiheit geschaffen, aber ihre Gedanken seien frei und groß. Unsere Unfreiheit bedeute Machtlosigkeit. Der Satz „Gewalt geht vor Recht“ habe es immer wieder bewirkt, daß gequälte Besiegte in die Hände der Sieger gefallen seien. Wir erkennen in diesem Blick durch die Jahrtausende, daß die Weltgeschichte das Weltgericht sei, das Gericht Gottes über die Menschen. (Eine Frage: Hat denn Gott diesen Krieg entfesselt?) Nur die den christlichen Geboten gehorsame Tat könne die Menschen noch retten. Der Landtag werde bestrebt sein, die Mittel seiner Arbeit nach den christlichen Grundsätzen einzusetzen. Gott möge dem Landtag gnädig sein.

Von den gewählten 60 Abgeordneten waren 59 anwesend. Zum Präsidenten des Landtages wurde mit 55 Stimmen Abg. Gengler (CDU), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Fleck (SPD) mit 55 Stimmen, und zum 2. Vizepräsidenten Abg. Kübler (DVP) mit 39 Stimmen gewählt. Schriftführer wurden die Abg. Dreher, Schwarz, Schuler, Mast (CDU), Erler und Müller (SPD), Kinkelin (DVP) und Zeeb (KPD).

Präsident Gengler begrüßte den Landtag, sowie die Landräte, die Vertreter der Kirche, den Rektor der Universität Tübingen, den württ.-bad. Innenminister Ulrich (Stuttgart) und die übrigen Gäste. Das Volk müsse neues Vertrauen bekommen. In der Rettungsarbeit für Stadt und Land müßten alle Kräfte eingesetzt werden. Die Mos-

Tagung des Weltgewerkschaftsbundes

Prag. Erstmals werden fünf Delegierte der deutschen Gewerkschaften auf einer Tagung des Weltgewerkschaftsbundes, die am 9. Juni in Prag beginnt, als Gäste anwesend sein. Die Gewerkschaften der französischen Zone vertritt Matthias Schneider (Baden-Baden). Weitere Teilnehmer sind: Tarnow (amerikanische Zone), Böckler (britische Zone), Jendretzky (sowjetische Zone), Qualek (Berlin).

Ob und wann die deutschen Gewerkschaften endgültig in den WGB aufgenommen werden, hängt von der weiteren politischen Entwicklung ab. Bekanntlich ist in Aussicht genommen, zu einem gegebenen Zeitpunkt die deutschen Gewerkschaften vollberechtigt in den WGB einzugliedern.

USA-Gewerkschaften gegen Arbeitsgesetz

Washington. Das Repräsentantenhaus billigte den Entwurf für das Arbeitsgesetz, das insbesondere Aussperrung, Sympathiestreiks und Konflikte über die gewerkschaftliche Gerichtsbarkeit untersagt. Das Gesetz überträgt gleichzeitig den Gewerkschaften das Recht der Strafverfolgungen im Fall von illegalen Streiks. Auf dem vom Bürgermeister von New York angeordneten „Veto-Tag“ protestierten 25.000 Gewerkschafter gegen das Arbeitsgesetz. Sie verlangten von Präsident Truman, sein Veto einzulegen.

deutsche Volk das Ringen um sein nacktes Leben. Separatistischer Partikularismus und Spiel mit der Spaltung in West und Ost würde das durch das nationalsozialistische Regime heraufbeschworene nationale Unglück in die völlige Katastrophe führen. Wir können als Deutsche daher nicht ernst genug gegen solche unverantwortlichen Störenfriede wie Röpke unseren Existenzkampf führen.

AFL für Einheit Deutschlands

New York. Eine Delegation der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation (AFL) sprach beim Präsidenten Truman vor und verlangte die baldmöglichste Bildung einer deutschen Zentralregierung. Sie erklärte:

„Die AFL ist fest davon überzeugt, daß die Viermächteherren über Deutschland völlig Schiffbruch erlitten hat, und daß die Aufspaltung Deutschlands in vier Zonen es unmöglich macht, die deutsche Wirtschaft in einer einigermaßen zufriedenstellenden Weise zu stabilisieren. Die wirtschaftliche und politische Einigung Deutschlands ist eine wesentliche Voraussetzung einer Wiederbelebung Deutschlands auf der Grundlage demokratischer Prinzipien... Das Niveau der industriellen Erzeugung muß erhöht werden, wenn 65 Millionen Deutsche am Leben bleiben sollen.“

Die Delegation kritisierte ferner verschiedene Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung, insbesondere die Bevorzugung konservativer Gruppierungen, und tadelte, daß den Gewerkschaften keine größere Rolle im wirtschaftlichen und politischen Aufbau Deutschlands eingeräumt werde.

(Internat. Freigewerkschaftl. Nachrichten)

Wähler und Wählerinnen stimmten getrennt ab

In Haslach i. K. stimmten am 18. Mai Männer und Frauen getrennt ab. Eine ausgezeichnete Methode, um die politische Reife zu erkennen. 556 Männer und 968 Frauen stimmten so ab:

	Männer	Frauen
KP	94 (16,9 %)	85 (8,8 %)
SP	188 (33,8 %)	169 (17,5 %)
	282 (50,7 %)	254 (26,3 %)
CSV	242 (43,5 %)	662 (68,4 %)
DP	32 (5,8 %)	52 (5,3 %)
	274 (49,3 %)	714 (73,7 %)

Ein lehrreiches Ergebnis! Von den Männern gaben also die Mehrheit (50,7 %) ihre Stimme den beiden Linksparteien, dagegen die Frauen zu 73,7 % den beiden Rechtsparteien. In noch stärkerer Weise wurde so die Verfassung in Haslach abgelehnt.

Es genügt darauf hinzuweisen, daß eine seitens der CSV betriebene geflüsterte Propaganda sich alle Mühe gab. Das Wahlergebnis zeigt eindeutig, wer dieser am leichtesten zum Opfer fällt.

Schwarzer Markt

Hamburg. Der Schwarze Markt ist das große Verbrechen am hungernden Volk. Leider versagen die Behörden vollständig, die Schwarzhändler zu fassen. Im Hamburger Parlament hat der Sozialdemokrat Raloff erklärt, daß die Hälfte aller Schweine auf den Schwarzen Markt verschwindet (ob es andernwo anders ist? — Red.). Die Kommunistische Partei hat hierzu folgendes Plakat in der ganzen Stadt anschlagen lassen:

Die Hälfte aller Schweine wandert auf den Schwarzen Markt

Die Tatsache wurde in dem Bericht des Ernährungs-Ausschusses der Hamburger Bürgerschaft durch den Abgeordneten Raloff (SPD) bekanntgegeben

Unsere Not ist weniger groß, wenn Ordnung geschaffen wird

Wir fordern deshalb:

Kontrollausschüsse in der Ernährungswirtschaft!

Arbeitslager für Schieber und Schwarzhändler!

KPD-Hamburg

Die Menschen stehen diskutierend vor den Plakaten, sind empört über diese Verbrechen der Schwarzmarktschieber und fordern, daß diese Mißwirtschaft sofort abgestellt wird. An mehreren Plakaten wurde darunter geschrieben: „Wo blieb die andere Hälfte?“ Denn Tatsache ist, daß Schweinefleisch in Hamburg seit langem kein Arbeiter überhaupt mehr gesehen hat.

Kriegsgewinnler im Verwaltungsamt

Minden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderten Angehörige aller Parteien, Behörden und Verbänden auf einer Protestversammlung die britische und die amerikanische Militärregierung auf, eine Untersuchungskommission zu bilden, die eine sofortige politische Säuberung im Zweizonen-Verwaltungsamt für Wirtschaft vornehmen soll. Diese Entschließung wurde auf Grund von Ausführungen des Spruchkammer-Vorsitzenden Fritzsche und des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden des VAW, Schuetz gefaßt. Fritzsche erklärte, daß die leitenden Posten im VAW zu einem großen Teil von ehemaligen Kriegsgewinnlern, Wirtschaftsführern und Berufsoffizieren eingenommen würden. Von den Hauptabteilungsleitern seien bisher vier entnazifiziert, fünf dagegen noch nicht. Bei den Abteilungsleitern betrage das Verhältnis der Entnazifizierten gegenüber den noch nicht Entnazifizierten 16 zu 21, bei den stellvertretenden Abteilungsleitern fünf zu sieben und bei den Referenten 51 zu 164.

Regierung ohne Volksvertrauen

Rom. Mit der Besetzung des italienischen Handelsministerpostens durch Menzogna, der sich aber noch in Brasilien befindet, ist die Bildung der neuen italienischen Regierung abgeschlossen. Ausgeschlossen sind von der Regierung Sozialisten und Kommunisten, von denen es heißt, sie machten einen „Marsch in die Berge“. Nenni erklärte auf einer Massenversammlung in Sardinien sein Mißtrauen gegen die Regierung. Die Kommunisten fordern zu Protestkundgebungen des Volkes auf, dementieren aber, sie hätten zur Anwendung von Gewalt aufgefordert. Als 70.000 Personen in einem Fackelzug am Palais des Präsidenten der Republik vorbeizogen, wurde die Huldigung „Hoch Nicola“ plötzlich zur Demonstration und man hörte Rufe: „Wir wollen Wahlen! Jagt de Gasperi zum Teufel!“

Dänemark will deutsche Waren

Minden. Das dänische Außenministerium stellt in einem Memorandum fest, daß Dänemark den deutschen Markt zum Absatz seiner landwirtschaftlichen Produkte, Fische und bestimmter Fertigwaren brauche. Andererseits sei es auf die Einfuhr von Rohmaterialien, Halbfertig- und Fertigzeugnissen angewiesen, für die Deutschland immer schon der einzige natürliche Lieferant gewesen sei.

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Pader und Württemberg
 Chefredakteur: Dr. Karl Bisse
 Redaktion: (27b) Offenburg, Metzgerstr. 1, Tel. 1374, Tele. 1375
 Druck: (27b) Offenburg, Metzgerstr. 1, Tel. 1374, Tele. 1375
 Verlags-G. m. b. H. (27b) Offenburg, Hauptstr. 111, Postfach 361, Fernruf 2207. — Erscheint mittwochs und freitags. — Bezugspreis monatlich 1,30 Mk. einschließlich Fragerlohn bei Postbezug zuzügl. Beleggeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Co., Offenburg

Zu wenig aktuelle Literatur

Die Tagung der Buchhändler in der französisch besetzten Zone

In Freiburg tagte die erste Hauptversammlung des Börsenvereins der Buchhändler in der französisch besetzten Zone. Den festlichen Rahmen bildeten Konzert- und Theaterveranstaltungen, sowie die Eröffnung einer Buchausstellung der Verleger der franz. besetzten Zone, in Verbindung mit der Festversammlung, in deren Mittelpunkt die Ausführungen von Graf Robert d'Harcourt, Mitglied der Akademie Française und Werner Bergengruens standen. Der Kaufhaussaal war überfüllt von Verlegern, Schriftstellern, Buchhändlern und zahlreichen Gästen, darunter die Vertreter der Militärregierung, mit den Leitern der entsprechenden Fachabteilungen.

Die Buchausstellung als Ergebnis der Tätigkeit in den vergangenen zwei Jahren reizt zu verschiedenen Betrachtungen. Trotz der noch reichlich improvisierten Aufmachung der Aus-

stellung zeigten sich deutlich bestimmte Züge. Neben den überwiegend religiösen und theologischen Themen beherrscht die schöne Literatur das Feld. So begrüßenswert es ist, die Werke der Klassiker oder besonderes unseres von den Nazis verpönten Heine auf den Büchermarkt zu bringen, um die Lücken unserer Bibliotheken wieder auszufüllen, so ist von der Lösung anderer auch wichtiger Aufgaben fast nichts sichtbar geworden. Der Verleger Hermann Leins (Tübingen) deutete ein Problem an, mit dem Hinweis, daß Heines Buch der Lieder nicht weniger als 15 Verleger in den Westzonen neu herausbrachten. Dies ist nicht nur ein Beweis für den Mangel an planmäßiger Zusammenarbeit, sondern auch ein Symptom des allgemeinen Verfalls beim Neuverlegen alter, unverfänglicher Werke auf dem Gebiete der schönen Literatur, wie auch der Philosophie. Jedoch auch hier vermißt man besonders diejenigen, welche auch heute noch umstritten sind und zur Gegenwart viel zu sagen haben, wobei nicht nur an Marx, Engels und Lenin gedacht sein soll.

Gedenklage der Woche

- 8. Juni 1781: George Stephenson, Erfinder der Lokomotive, geb. — 1810 Robert Schumann, Komponist, geb.
- 9. Juni 1870: Charles Dickens, engl. Schriftsteller, gest.
- 10. Juni 1836: André Ampère, frz. Physiker, gest. — 1924 Auguste Schmidt, Frauenrechtlerin, gest. — 1924 Der sozialistische Abgeordnete Matteotti auf Betreiben Mussolinis von Faschisten ermordet.
- 11. Juni 1864: Richard Strauß, Komponist, geb. — 1934 Erich Mühsam, revolutionärer Dichter, im KZ ermordet.
- 14. Juni 1833: Aug. Otto, Erbauer des ersten Gasmotors, geb.

Alle diese Probleme blieben unausgesprochen im Hintergrund. Wie zur Beschwichtigung des Gewissens wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Buchhändlern im Angestelltenverhältnis die Möglichkeit der Teilnahme als Gäste an den zukünftigen Tagungen geben soll. Der bisherige kommissarische 1. Vorsitzende Dr. Josef Knecht wurde in geheimer Abstimmung wieder gewählt und auch der Vorschlag für die weitere Vorstandschaffung fand einstimmige Zustimmung.

Ein Diskussionsredner wollte im Vorstand alle vier zugelassenen Parteien vertreten wissen. Angesichts der entstandenen Heiterkeit zog er jedoch seinen Antrag wegen Aussichtslosigkeit der Annahme zurück. Immerhin wurden Stimmen laut, welche im Hinblick auf die schrittweise Übertragung der Kompetenzen von der Militärregierung an den Börsenverein einen solchen Vorschlag gar nicht für so lächerlich hielten. So mancher junge Verleger, oder solcher, welcher während der Nazizeit auf seine Verlegerfähigkeit verzichten mußte oder freiwillig verzichtete, um einen unversöhnlichen Kampf gegen das Naziregime zu führen, der heute neu beginnen muß, mit unsäglichem Schweregefühl zu kämpfen hat, keine Maschinen besitzt und vergeblich an die Türen der Kollegen klopft, war doch etwas nachdenklich. Die richtigen Beteuerungen des gewählten Vorstandes auf seine Unparteilichkeit seien ihm deshalb besonders verdankt.

Die Zukunft wird beweisen müssen, ob diese erste Hauptversammlung der Geburtstag einer planmäßigen und kollegialen Zusammenarbeit aller Buchschaffenden in unserer Zone sein wird.

Freundliche Worte fand Herr Kappes zur Begrüßung der Tagung durch die Gewerkschaften und deutete deren gewaltige Verdienste im Kampf um das gute Buch an. Doch wo war in der Ausstellung die gewerkschaftliche Literatur? Oder auch nur eine einzige kleine aktuelle Broschüre zu den brennenden Gegenwartsproblemen der Gewerkschaften?

Versteckt im Hintergrunde fand der aufmerksame Besucher auch drei Hefte der Altmeister des Marxismus, fast schamhaft sich entschuldigend in dieser Umgebung. Diese Atmosphäre schwebte auch fühlbar über der eigentlichen Tagung. Die reichliche Tagesordnung wickelte sich reibungslos, fast monoton ab, bis auf kleine Intermezzen. So bei der Annahme der Statuten, über die nicht unbedeutende Frage der Mitgliedschaft. Eine Gegenresolution forderte, daß außer Verlegern, Inhabern von Buchhandlungen und leitenden Angestellten, auch alle Buchhändler im Angestelltenverhältnis Mitglied werden können. Dieser Antrag wurde gegen 6 Stimmen niedergestimmt, ohne, daß die großen Probleme, die dahinter stehen, zur Aussprache gekommen wären. Soll der Börsenverein der Buchhändler eine Art Unternehmerverband sein oder alle Buchschaffenden zusammenfassen?

Sollen wir zu den Zuständen im Buchhandel in der Zeit vor 1933 zurückkehren, von wo die Entwicklung in bekannter Richtung ging, oder sollen wir, fußend auf den Lehren der Vergangenheit, einige Korrekturen anbringen mit der Absicht, das Furchtbare der Nazivergangenheit sich nicht wiederholen zu lassen? Sollen die „Arbeitnehmer“ und ihre Gewerkschaften ein entscheidendes Mitspracherecht erhalten und somit ein wesentliches Glied in der Gemeinschaft aller Buchschaffenden werden?

Alle diese Probleme blieben unausgesprochen im Hintergrund. Wie zur Beschwichtigung des Gewissens wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Buchhändlern im Angestelltenverhältnis die Möglichkeit der Teilnahme als Gäste an den zukünftigen Tagungen geben soll. Der bisherige kommissarische 1. Vorsitzende Dr. Josef Knecht wurde in geheimer Abstimmung wieder gewählt und auch der Vorschlag für die weitere Vorstandschaffung fand einstimmige Zustimmung.

Ein Diskussionsredner wollte im Vorstand alle vier zugelassenen Parteien vertreten wissen. Angesichts der entstandenen Heiterkeit zog er jedoch seinen Antrag wegen Aussichtslosigkeit der Annahme zurück. Immerhin wurden Stimmen laut, welche im Hinblick auf die schrittweise Übertragung der Kompetenzen von der Militärregierung an den Börsenverein einen solchen Vorschlag gar nicht für so lächerlich hielten. So mancher junge Verleger, oder solcher, welcher während der Nazizeit auf seine Verlegerfähigkeit verzichten mußte oder freiwillig verzichtete, um einen unversöhnlichen Kampf gegen das Naziregime zu führen, der heute neu beginnen muß, mit unsäglichem Schweregefühl zu kämpfen hat, keine Maschinen besitzt und vergeblich an die Türen der Kollegen klopft, war doch etwas nachdenklich. Die richtigen Beteuerungen des gewählten Vorstandes auf seine Unparteilichkeit seien ihm deshalb besonders verdankt.

Die Zukunft wird beweisen müssen, ob diese erste Hauptversammlung der Geburtstag einer planmäßigen und kollegialen Zusammenarbeit aller Buchschaffenden in unserer Zone sein wird.

Gerhard Wohlrath

DAS VOLK UND SEIN LANDTAG

AUSSERPARLAMENTARISCHE TRIBUNE der Volkszeitung UNSER TAG

Der erste Schritt zur neuen Demokratie ist getan. Das Volk hat seinen Landtag. Von der Parlamentarische aus werden die Abgeordneten der verschiedenen Parteien ihre Forderungen vertreten und um die politische Gestaltung der Zukunft kämpfen. In einer wirklichen Demokratie bleibt die Wählerschaft aber auch „zwischen den Wahlen“ auf Kampfposten, denn Aufgabe und Pflicht des Staatsbürgers ist es, die Kontrolle seines Parlaments durchzuführen und die Verbindung mit seinen Abgeordneten aufrecht zu erhalten. Der wichtigste Mittler zwischen Volk und Parlament ist die Presse. Sie hat eine verantwortungsvolle Aufgabe. Denn ohne ihre Berichterstattung wäre das Parlament ohne öffentliche Auswirkung und ohne Echo, ohne ihre Stellungnahme würde das Parlament ohne Kritik und ohne öffentliche Kontrolle sein. Unsere Volkszeitung will zur Erfüllung der Aufgabe der Presse in der neuen Demokratie noch einen Schritt weitergehen. Wir wollen die unmittelbarste und schnellste Verbindung zwischen Volk und Volksvertretung schaffen. Wir stellen deshalb hiermit neben die Rednertribüne im Parlament eine außerparlamentarische Tribüne in UNSER TAG auf. Jedermann ist eingeladen — Männer, Frauen und die Jugend —, diese Tribüne hier zu bestehlen, offen und frei ihre Meinung zu sagen, Vorschläge zu machen, Anträge zu stellen und Kritik zu üben. Auch jede Organisation kann hier das Wort nehmen, um unmittelbar ihre Interessen zu vertreten.

Sofortmaßnahmen zur Ernährungskatastrophe

Die Gewerkschaft der Angestellten in Offenburg hat am 3. Juni folgendes Telegramm an den Präsidenten des Landtages in Freiburg beschlossen: „Ersuchen um sofortige Einberufung des Landtages zwecks drastischer Maßnahmen angesichts der Ernährungskatastrophe.“

Wir sind überzeugt, daß diese Gewerkschaftsversammlung am Abend der Verkündung einer Halbierung der Brotration im Namen aller Werktätigen gesprochen hat. Es ist Sache der Volksvertretung mit größter Beschleunigung zu dieser Verschärfung der Situation Stellung zu nehmen.

Genauere Auskunft über die Ernährungslage

„Die Ernährungslage ist für die Bevölkerung außerordentlich beunruhigend. Besonderen Unwillen rufen Bekanntmachungen in der Öffentlichkeit hervor, wie diejenige vom 1. Mai, wonach die Fütterung von 200 auf 320 gr monatlich erhöht werde, ohne daß diese Ration auch nur annähernd ausgegeben wurde (am 22. Mai 50 gr Butter und neuerlich sollen 60 gr Speiseöl ausgegeben werden). Die Kreisversammlung richtet an das verantwortliche Ministerium in Freiburg die dringende Forderung, in Zukunft in aller Nüchternheit die derzeitige Lage darzustellen und über die bevorstehenden Rationen und Kalorien genaue Auskunft zu geben.“

Gemeinsamer Antrag von KP und SP in der Kreisversammlung Offenburg, der bei Stimmenthaltung der CSV und DP angenommen wurde.

Wiedergutmachung an den Nazi-Opfern

Eine der ersten Arbeiten des Landtages sollten durchgreifende Maßnahmen sein, um den Nazi-verfolgten, welche in Konzentrationslagern unter dem Hitlerregime schwer geschädigt worden sind, zu helfen. Es wäre ähnlich der amer. Zone ein „Gesetz zur Schaffung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung an politisch und rassisch Verfolgten“ (vom 27. 5. 1947) zu schaffen. Dort werden aus dem Ertrag der Verwertung oder Veräußerung von Vermögenswerten auf Grund des Säuberungsgesetzes Mittel zur Verfügung gestellt — bzw. von den Landesregierungen direkt —, um Personen, die an Ge-

sundheit, Leben, Freiheit oder Vermögen Schaden gelitten haben, bei wirtschaftlicher Notlage mit Renten zu unterstützen. Weiter werden daraus Zahlungen zur Wiederherstellung der Gesundheit, zur beruflichen Ausbildung, zur Gründung einer wirtschaftlichen Existenz oder zur Abwendung eines Notstandes größere Einzelsummen bis zu 3000 Mark bewilligt. Diese Zuwendungen an Naziopfer sind in der amer. Zone vermögens- und einkommensteuerfrei.

40 Stunden-Arbeitswoche gefordert

Die Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Angestellten in Offenburg nahm Stellung zu der durch die Herabsetzung der Brotration auf die Hälfte erneut verschärfte Ernährungslage, welche die Arbeitskraft der werktätigen Schichten der Bevölkerung auf das stärkste bedroht. Um die Arbeitskraft vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, forderte die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in 5 Tagen.

Gegen separatistische Machenschaften

Bei der Eröffnung des Badischen Landtages sprach Alterspräsident Vielhauer über die „bedenkliche und bedauerliche separatistische Bewegung im schwäbisch-alemannischen Raum. Bei allen Bemühungen um das badische Heimatland und um das badische Volk solle man nicht vergessen, daß es noch etwas Größeres gibt: Das gemeinsame Vaterland.“

Wer wünscht weiter das Wort?

Ueber diese gefährlichen separatistischen Machenschaften muß im Landtag sehr eindeutig gesprochen werden. Es ist übrigens bemerkenswert, daß das Pamphlet des Dr. med. Dietrich (Singen) immer noch in Geschäftsstellen der Südwestdeutschen Volkszeitung zum Verkauf kommt.

Auf unserer außerparlamentarischen Tribüne kann jedermann direkt zum Landtag sprechen.

Wer wünscht weiter das Wort?

Zum Vortrag von Kurator Eichlepp

Versichtlich unterblieb in der letzten Nummer zum Vortrag des Kurators der Universität Halle, Eichlepp, die Angabe, daß es sich um den Auszug aus einer Rede vor der ersten Studententagung in Tübingen handelte, welche wir den „Studentischen Blättern“ (Tübingen) entnommen haben.

Ein sozialer Dichter

Vor einem Jahr, am 6. Juni 1946, starb Gerhart Hauptmann

Am 6. Juni des vergangenen Jahres schloß Gerhart Hauptmann auf seiner in Agnetendorf unweit von Schreiberhau im Riesengebirge gelegenen Besitzung die müde gewordenen Augen. Am 15. November 1862 war er in Salzbrunn geboren worden; er starb wenige Stunden, nachdem ihn der Ausweisungsbefehl erreicht hatte. Der Dichter, dessen beste dramatische Schöpfungen der engen Verbundenheit mit seiner schlesischen Heimat und ihren Menschen entsprossen waren, war auch in seinem Sterben eng verbunden mit der Tragödie, die über seine Landsleute, die deutschen Schlesier, als Folge des wahnwitzigen Hitlerkrieges hereingebrochen war. Wir wollen mit dem Toten nicht darüber rechten und hadern, ob er, der damals bereits die Schwelle zum achten Jahrzehnt überschritten hatte, im Jahre 1933 nicht eine andere Haltung hätte einnehmen müssen, die Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht jedenfalls haben bei der Ueberführung der Leiche Hauptmanns und bei ihrer Beisetzung in Berlin dem toten Dichter eine Huldigung bereitet, wie sie nur einem wahrhaft großen Vertreter bester deutscher und internationaler Geistigkeit gezollt werden konnte.

Ueber die Bedeutung des Dichters Gerhart Hauptmann ist seit zwei Jahrzehnten kaum etwas Neues auszusagen. Die späten Werke des im Greisenalter auf olympischen Höhen Wandelnden haben dem Gesamtbild des Dichters Hauptmann keine wesentlich neuen Züge hinzugefügt. Sein Erstlingswerk trug den Titel „Vor Sonnenaufgang“, und jenes Familiendrama des Siebzigers, das den symbolisch anmutenden Titel „Vor Sonnenuntergang“ trug, kann man wohl in der Tat als den Abschluß seines dichterisch wertvollen Gesamtwerkes ansehen.

Die Literaturgeschichte hat Hauptmann längst mit der Registriermarke des bedeutendsten dramatischen Dichters der Stilperiode des Naturalismus versehen. Wir aber wissen, daß diese Registrierung nur einer, von Hauptmann übrigens bald überwundenen, formalen Seite seines Schaffens gerecht wird. Nicht als der hervorragendste deutsche Vertreter der naturalistischen Dichtung wird Gerhart Hauptmann fortleben; spätere Geschlechter werden ihn verehren und (mehr als dies) lieben als einen der großen so-

zialen Dichter seines Zeitalters, dessen Bühnenwerke auf ein in seiner überwiegenden Mehrheit bürgerliches Publikum geradezu revolutionär wirkten.

Man mag einwenden, daß dies starke soziale Gefühl, das die Dramen des jungen Hauptmann durchpulste, nicht gepaart war mit einem entsprechend klaren und konsequenten sozialistischen Denken. Dieser Einwand besteht zu Recht. Hauptmann hat, im „Hannele“ zumal, in der „Rose Bernd“ und in seinem einzigen revolutionären Drama „Die Weber“ die Leiden der gequälten Kreatur ergreifend geschildert wie wenige vor ihm; aber es blieb bei der Darstellung. Er schilderte, erschütternd und wohl auch aufrüttelnd, soziales Elend; aber weiter ist er nie gekommen. Seine Helden und Heldinnen leiden und gehen zugrunde; nicht nur das Hannele, die Rose Bernd, der Fuhrmann Henschel, auch der Vockerat, der Glockengießer Heinrich, auch die geschundenen, ausgepreßten, armseligen schlesischen Weber, deren schnell niedergeschlagene Revolte nichts weiter ist als ein einmaliger, planloser Verzweiflungsausbruch — und dann bleibt es bei der grauen Verzweiflung, nachher wie vorher.

Nichts ist bezeichnender für die weiche Art, auf die der Dichter Hauptmann seine leidenden Menschen zerbrechen und zugrunde gehen läßt, als die Worte, mit denen die Tragödie der Rose Bernd, dieses schlesischen Gretchens, schließt: „Das Mädel . . . was muß die gelitten han!“ Das ist eine von menschlichem Mitleidempfinden zeugende Feststellung (die unter dem Eindruck der Tragödie zu treffen, eigentlich Sache des erschütterten Zuschauers sein sollte) aber eben doch nur eine Feststellung. In seinem Erstlingswerk „Vor Sonnenaufgang“ ergeht sich — ein seltener Fall bei Hauptmann — der Loth, eine Figur ibranscher Prägung, in anklagenden Reden gegen die erbesundheitlichen Folgen des Alkohols. Als ihm dann bewußt wird, daß das geliebte Mädchen einer Säufersfamilie entstammt, weiß er nichts anderes zu tun, als davon zu lau-

fen. Worauf die in den Sumpf zurückgestoßene Helene sich das Leben nimmt.

Hundert Jahre zuvor hatte ein anderer junger deutscher Dichter zwei revolutionäre Dramen in die Welt geschleudert: „Die Räuber“ und die „Lulise Millerin“, die dann Iffland für die Auf-führung mit dem ihr leider verbliebenen Titel „Kabale und Liebe“ verunzierte. Den Feuerodem lodernen Zornes, mit dem der junge Schiller an den Pfellern der Gesellschaftsordnung rüttelte, diesen Feuerodem hat Hauptmann nie besessen. Er, der ursprünglich Bildhauer werden wollte, modellierte seine Figuren mit unendlich viel Liebe und Geduld in jeder Einzelheit, und seine Liebe zu ihnen war besetzt von dem tiefen Mitleid des Arztes, der mit den an den Krankheiten der Zeit und ihrer Gesellschaftsformen zugrunde Gehenden mit-leidet, ohne um das Mittel zu wissen, sie zu heilen. Der junge Schwabe aber, der von Beruf Mediziner war, ging, ohne sich

viel mit bedauernden Betrachtungen aufzuhalten, dem Uebel mit dem scharfen Messer des Chirurgen zuleibe. Oder rief wenigstens dazu auf. Er war, was Hauptmann nie war, ein wahrhaft revolutionärer Dichter (in seinen Jugendwerken wohlverstanden!). Hauptmann aber war, trotz des Versuches, ihn anlässlich der „Weber“ von oben herab dazu zu stempeln, niemals ein Revolutionär.

Das aber darf und wird uns nicht davon abhalten, ihn zu achten und zu lieben als einen großen deutschen Dichter, der von einer wahrhaft lebenswerten Menschlichkeit beseelt und durchdrungen war von sozialem Empfinden. In diesem Sinne gehört auch Gerhart Hauptmann in die Reihe der Großen des Geistes, die das Ihre beigetragen haben zur Vorbereitung eines kommenden besseren, des sozialistischen Zeitalters.

Hanns Adam Faerber

Hermann und Käte Duncker herzlich willkommen!

Zwei treue Vorkämpfer der Arbeiterbewegung zurückgekehrt

In diesen Tagen kehrten zur freudigen Ueber-raschung ihrer Freunde und Genossen Käte und Dr. Hermann Duncker aus ihrer Emigration in Amerika nach Berlin zurück. Wir erinnern uns voll Dankbarkeit des bewährten Lehrers der marxistischen Wissenschaft, unseres Dr. Duncker, der für die alten Sozialdemokraten und Kommunisten zu den verehrtesten Interpreten des Marxismus gehört.

Es gibt kaum eine der klassischen Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, die er nicht in volkstümlichen Ausgaben herausgegeben und mit Vorwort, Anmerkungen und Fremdwörterverzeichnis versehen hat. Mancher hat diese Schriften auch noch über die dunkle Nazizeit hinwegretten können, wo sie ihm in stillen Stunden ein geheimes Labsal gewesen sind. Genosse Duncker hat schon in Leipzig als junger Student zur Zeit Wilhelm Liebknechts in den Arbeiterbildungsvereinen aktiv mitgearbeitet und sich später mit Franz Mehring und Rosa Luxemburg der politischen Schulungsarbeit gewidmet. Er war Mitbegründer der KPD und hat sich in der Zeit zwischen den beiden Kriegen besonders um

die Ausgestaltung der Parteischulen verdient gemacht.

Hermann Duncker ist nun 73 Jahre alt, aber geistig voll mobil und im Herzen jung geblieben. Schon am 28. Februar 1933, in der Nacht des Reichstagsbrandes, wurde er verhaftet und kam ins Zuchthaus nach Brandenburg. Im Jahre 1936 ging er zur Fortsetzung seiner antifaschistischen Arbeit nach Paris, floh von dort nach der Besetzung durch die Nazis über Marseille nach Amerika. Unterwegs wurde er jedoch auf dem Schiff festgenommen und in Casablanca in ein Konzentrationslager gebracht. Im September 1941 gelang es ihm, nach Amerika zu kommen, von wo er jetzt von New York zurückkehrte. Mit ihm seine Frau, unsere Genossin Käte Duncker, die mit Clara Zetkin eine Vorkämpferin der klassenbewußten Arbeiterschaft gewesen ist. Sie ist nun schon 76 Jahre alt, durch die Zeit schwer in ihrer Gesundheit getroffen, aber sie hofft, bald in alter Frische wieder in der Parteiarbeit zu stehen. Beide Genossen freuen sich vor allem, daß in der Ostzone die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zustande gekommen ist, denn nur in der sozialistischen Einheit ruht die Zukunft der Arbeiterbewegung.

Das Maismehl

125 g Brot sind nun unsere neue Tagesration, dazu 90 g Maismehl täglich. In der Zeitung war zu lesen, daß ein Brot, mit zusätzlich 60 g Maismehl gebacken, minderwertig sei, daher würden nur 30 g verbacken. Was soll nun die Hausfrau mit den 90 g Maismehl täglich anfangen? Ohne Fett und ohne Milch kann man davon keine nahrhafte Suppe oder einen nahrhaften Brei herstellen. Nur mit Wasser angerührt und gekocht, sind sie genau so minderwertig.

Viele Hausfrauen werden dazu übergehen, aus reinem Maismehl Brot zu backen oder beim Bäcker backen zu lassen, da man ja auch selten Hefe erhält; das Brot ist aber dann ja noch minderwertiger. Da wäre es schon besser, man ließe das Brot mit 60 g Maismehl backen und gäbe es der Bevölkerung in diesem Zustand.

Wie gut wäre es, wenn man bei solchen Entschlüssen die Hausfrauen um Rat fragen würde. Aber überall sind wir ausgeschaltet. Was wissen die Männer davon, wie schwer es den Hausfrauen heute gemacht ist, ihre Familien einigermaßen satt zu bekommen. Pflichten haben wir Frauen in Massen, aber Rechte so gut wie keine, obwohl wir den größten Teil der Bevölkerung ausmachen.

Kartoffelkäfer in der Stadt

Freiburg. Wie akut die Kartoffelkäferfrage geworden ist, kann man aus der Tatsache ersehen, daß diese Schädlinge bereits auf dem Pflaster der Kaiser-Josef-Straße zu finden sind. Allerdings nicht in dem Maße wie auf dem regulären Kartoffelfeld. Sie krabbeln sogar auf den Klingelknöpfen an den Haustüren umher.

Diese Tatsachen dürften für sich sprechen und jedem, der sich noch keine Gedanken über diese Gefahr gemacht hat, gründlichst die Augen öffnen und ihn mobilisieren zur aktiven Mithilfe bei der Ausrottungsaktion. Denn es ist kaum zu glauben, wie viel Gleichgültige noch herumlaufen, die über genügend freie Zeit verfügen, aber leider auf dem Standpunkt stehen, daß der Kampf gegen den Kartoffelkäfer eine Angelegenheit der sogenannten „Dummen“ sei. Sie haben es zum Teil ja nicht nötig, sie kommen so oder so zu ihrem Recht. Und das mit Unrecht!

Die Seidenraupen spinnen

Freiburg. Im Institut für Bienenkunde in der Stefan-Meier-Straße 26 wird wieder eine kleine Seidenraupenzucht für Versuchs- und Lehrzwecke durchgeführt. Sie nähert sich ihrem Ende, und in diesen Tagen werden die Raupen mit dem Einspinnen beginnen. Nach vorheriger Anmeldung können Besichtigungen an Werktagen zwischen 11 und 12 Uhr und von 14 bis 15 Uhr erfolgen. Diese Besuchszeiten sollen vordringlich für Schulklassen reserviert sein. Nach Vereinbarung können auch andere Zeiten festgelegt werden.

Schwindende Arbeitskraft

Angestelltengewerkschaft fordert die 40-Stunden-Arbeitswoche

Offenburg. Nach interessanten Darlegungen aus der Geschichte der Gewerkschaften berichtete in der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Angestellten Kollege Kappes (Freiburg) ausführlich über die Besprechungen zwischen dem Badischen Gewerkschaftsbund und der Militärregierung. Er sei darauf hingewiesen, daß die durch die Unterernährung herbeigeführte Arbeitsmüdigkeit in einzelnen Fällen schon zu Arbeitsniederlegungen geführt hätte. Daraus wäre zu ersehen, daß die Arbeiter und Angestellten in Gefahr seien, trotz bestens Arbeitswillens nicht mehr arbeiten zu können, was die Lahmlegung der gewerblichen Wirtschaft nach sich ziehen müßte. Der Badische Gewerkschaftsbund hätte bei der Militärregierung vorgeschrieben, und würde alles tun, um für eine sofortige Verbesserung der Nahrungsmittelzuflüsse Sorge zu tragen. Wenn etwas Entscheidendes erreicht würde, dann sei dies im wesentlichen dem Eintreten des Gewerkschaftsbundes zuzuschreiben, der von Seiten der Militärregierung als der wichtigste Garant der Demokratie angesehen werde.

Da mit der neuesten Kürzung der Brotration ein großer Notstand eingetreten sei, wäre die Militärregierung gebeten worden, alle verfügbaren, für den zivilen Sektor vorgesehenen Lager freizugeben. Die Militärregierung habe die entsprechenden Schritte zugesagt.

Der Redner beschäftigte sich weiterhin mit dem Verhältnis zwischen Stadt und Land. Der Arbeiter lehne jeden Zwang gegenüber den Bauern ab — ein „Kartoffelkrieg“ sei natürlich eine Unmöglichkeit. Der Bauer müsse sich aber auch darüber klar sein, was es bedeute, daß der Arbeiter seit zwei Jahren Nahrungsmittel leide, während der Bauer noch nicht gehungert habe und daß Gedeih und Verderb der Bauern letzten Endes vom Arbeiter abhängen. Die Normalverbraucher der Landorte und kleinen Städte dürften keine geringeren Zuteilungen erhalten, als die großen Städte. Die größte Sorge ist die Bereitstellung von Kartoffeln, Brot, Fleisch und Fett, und der Gewerkschaftsbund würde alles daran setzen, seinen starken Einfluß hierfür geltend zu machen.

In der Diskussion erklärte Kollege Dr. Bittel, daß die Bevölkerung nicht alles im guten Glauben hinnehmen dürfe, was die deutschen Behörden tun. Damit kämen wir nur immer tiefer in die Not hinein. Die Bevölkerung müsse größere Aktivität zeigen. Die Gewerkschaften hätten im Hinblick auf die Demokratisierung der Wirtschaft noch zu wenig getan. Vor einem Jahr haben wir ein Anti-Hungerprogramm aufgestellt, wo ist es durchgeführt? Wir müssen auch selbstkritisch sein. Man könne den Bauern keine industriellen Produkte als Gegenleistung versprechen, wenn die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften keinen Einfluß auf die Produktion und die Verteilung der Produkte habe. Die ersten Ansätze für eine

demokratischere Kontrolle der Landwirtschaft seien getan, aber die Kontrolle der Industrie wäre noch nicht begonnen worden. Hier würden immer noch die alten Kräfte herrschen, die uns niemals aus der Not herausbringen könnten, zumal sie auch gar nicht den Willen dazu hätten. Die Gewerkschaften müßten als anerkannt demokratische Kraft in erster Linie für die Umstellung der Wirtschaft auf die neue demokratische Ordnung eintreten, und diese unbedingt durchsetzen. Erst dann hätten die Gewerkschaften die Möglichkeit, durch ihre praktische Arbeit das Vertrauen der Bauern ganz zu gewinnen, wenn sie ihm wirklich Saatgut, Düngemittel und Arbeitsgeräte beschaffen, an denen er große Not leidet.

Der Leiter des Ernährungsamts, Kollege Hermann, gab Aufschluß über die Fehler, welche bei der vom Statistischen Landesamt durchgeführten Bodenbenutzungserhebung 1946 gemacht worden sind. Man hätte wohl ein ungefähres Bild über die Gesamtfläche gehabt, aber nicht gewußt, welche Flächen in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung standen. Alle Aufbringungsanlagen seien darum zu hoch gewesen. Das tatsächliche Wenigeraufkommen konnte aber nicht durch Einfuhren ausgeglichen werden, weil der Wirtschaftsplan auf den erwählten unrichtigen Zahlen aufgebaut worden war.

Die Versammlung nahm eine von Koll. Hermann eingebrachte Resolution an, die im Hinblick auf die fortschreitende Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung die Einführung der 40-Stundenwoche forderte.

Diamanten gegen Strümpfe

Waldshut. Einen Rucksack voll Nylon-Strümpfe führte ein Schmuggler bei sich, der das Pech hatte, zwei Meter von der deutschen Grenze bei Waldshut durch den Hund eines Schweizer Zöllners gestellt zu werden. Der Mann, der hauptberuflich schmuggelte, erklärte bei seiner Vernehmung, daß die Strümpfe mit geschmuggelten deutschen Diamanten gezahlt worden wären und für eine evakuierte Dame im Landkreis Waldshut bestimmt seien. Wahrlich, diese Dame muß notleiden, wenn sie 3000 Schweizer Franken in Diamanten bezahlen kann, um wieder elegante Strümpfe zu erhalten.

Strandbad Titisee wieder geöffnet.

Am vergangenen Sonntag öffnete das allen schwimmlustigen Freiburgern wohlbekannte Strandbad in Titisee zum ersten Mal nach dem Krieg seine Pforten. Der schöne, sommerliche Tag hatte zahlreiche Gäste aus Nah und Fern, vor allem aber aus Freiburg, angezogen, die in der reinen Luft des Hochschwarzwaldes Erholung und Entspannung suchten und fanden. Wie die Badeleitung mittelt, wird das Strandbad den ganzen Sommer über geöffnet bleiben.

Der erste Jugendkongreß in Südbaden

Sulzburg. Am ersten Kongreß der Freien Jugend in Südbaden nahmen 175 Delegierte und Gastdelegierte, sowie Vertreter anderer Jugendorganisationen, der Parteien, der Behörden und der Gemeinde Sulzburg teil. Landessekretär Heinz Musolf unterstrich die Forderungen der Freien Jugend nach dem Aufbau eines geeinten, demokratischen Deutschlands. Für die Jugend gehe es hierbei um die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft und daher kämpfe sie um bestimmenden Einfluß im neuen gesellschaftlichen und staatlichen Leben. Die Erreichung dieses Zieles und die Überwindung der gegenwärtigen Not bedinge den Zusammenschluß der gesamten Jugend.

In der Diskussion wurden für die Jugendorganisationen volle Entfaltungsmöglichkeit und materielle Unterstützung durch den Staat gefordert. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den verschiedenen Jugendorganisationen sei notwendig, besonders eine sich über ganz Deutschland erstreckende freie Jugendbewegung.

Zum Vorsitzenden des neuen Landesvorstandes wurde Ludwig Denz (Offenburg), zum 1. Landessekretär Heinz Musolf (Freiburg), zum 2. Landessekretär Richard Böck (Freiburg) gewählt.

Mitgliederversammlung der Freien Jugend

Freiburg. Am Dienstag, 10. Juni, um 15 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Schwabentorplatz 3) eine Hauptmitgliederversammlung, Kreis Freiburg, statt, in welcher über den ersten Kongreß der Freien Jugend in Sulzburg und über das zweite Jugendparlament der Freien Deutschen Jugend in Meissen Bericht erstattet wird. Die Eltern und Jugendlichen sowie alle Freunde der Freien Jugend sind dazu eingeladen.

Fliegergeschädigte sammeln sich

Der vor kurzem ins Leben gerufene Bund der Fliegergeschädigten in Baden ruft zu einer öffentlichen Versammlung auf, die am morgigen Samstag, 7. Juni, 19.30 Uhr, im Maria-Hilf-Saal stattfindet. Es ist zu hoffen, daß sich die ausgebombten Opfer des Hitlerkrieges in großer Zahl einfinden werden.

Freiburg. Der Männerchor des Arbeiterbildungsvereins veranstaltet am kommenden Sonntag, 8. Juni, eine musikalische Feierstunde unter dem Motto „Natur und Heimat in Lied, Wort und Ton“. Die Veranstaltung beginnt 16.30 Uhr im Maria-Hilf-Saal, Zaisusstraße 109. Mitwirkende sind: Konzertmeister Reinhard Hindenberg, Violoncellist, Kapellmeister Heinrich Kehm, Flügel, Ewald Affner, Rezitationen und der Männerchor mit dem Quartett des Arbeiterbildungsvereins. Die musikalische Leitung hat A. Hofheinz. Das reichhaltige Programm enthält Werke von W. A. Mozart, Konradin Kreutzer, J. S. Bach, Ludwig van Beethoven, F. Schubert, Boccherini, Schumann, Schiller, Heibel, Goethe u. a.

Heidelberg. Mit einem Bevölkerungszuwachs von 33 Prozent seit 1939 steht Heidelberg an erster Stelle unter allen Städten in der amerikanischen Zone.

Verantwortlich für den Heimteil: Hanns Adam Faerber, Offenburg

Suchdienst, Kauf-Verkauf, Heiraten, Verschiedenes, Geschäftsanzeigen, Stellenangebote, Kaufigesuche, Unterrichts, Immobilien, Wohnungstausch. A collection of various classified advertisements including job openings, real estate, and personal notices.